

Sebastian Beck/ Steffen Jähn

Zusammenhalt, Marginalisierung und politisches Engagement – die Perspektive des vhw

Einleitung

Wir beobachten, dass die kulturelle, ethnische und lebensweltliche Vielfalt der Stadtgesellschaft stetig zunimmt (Schnur 2016). Dabei stellt sich stets auch die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt. Die entsprechenden Debatten changieren zwischen „Individualisierungskritik“ à la „Bowling Alone“, Bekenntnissen zur Vielfalt und dem Wunsch nach mehr „sozialem Kitt“ (ebd.). Driftet die Stadtgesellschaft immer weiter auseinander? Das liegt nahe: soziale Ungleichheiten und sozialräumliche Polarisierungsprozesse nehmen stetig zu. Wie „inklusiv“ lässt sich eine Stadtgesellschaft dann vor diesem Hintergrund gestalten? Was ist das „Gemeinsame“? Was hält uns zusammen? Unsere These ist, dass es bei allen bestehenden und eventuell in der Zukunft noch zunehmenden Differenzen letztlich darauf ankommt, Schnittstellen zu schaffen, die Begegnungen, Austausch und Dialog ermöglichen. Das gilt insbesondere für das Engagement, und mehr noch für das politische Engagement.

Vielfalt und Zusammenhalt sind von ihrem Grundsatz her keine Antagonismen. Dennoch zeigen die aktuellen Wahlerfolge der AfD, dass sich gerade sozial benachteiligte Menschen gegen Vielfalt mobilisieren lassen. Das wiederum verdeutlicht, auf welchen tönernen Füßen Zusammenhalt gegenwärtig hierzulande steht. Reckwitz (2017) spitzt in der „Gesellschaft der Singularitäten“ zu, dass im Zuge der Individualisierung zunehmend das Besondere an Bedeutung gewinnt und zur Bildung von Neo- und Mikrogemeinschaften führt. Wir wissen allerdings aus unseren zahlreichen Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen in Gemeinden, Stadtteilen und Quartieren, dass aus Individualität und Vielfalt, im Rahmen von politischen Foren gegenseitiges Verständnis und Gemeinsamkeit entstehen können. Die Chancen und Perspektiven von sozialem Zusammenhalt und Engagement liegen gerade darin, sich nicht auf der Partizipation einer Zwei-Drittel-Gesellschaft (Glotz 1984) auszuruhen. In den lokalen Beteiligungs- und Gestaltungsprozessen der Stadtentwicklung beobachten wir, dass es gar nicht so einfach ist, diese auch für Menschen zu öffnen, die im gesellschaftlichen Modernisierungswettbewerb um Respektabilität ringen. Paradoxiertweise liegen aber gerade in diesen lebensweltlichen Segmenten die größten Potenziale für „mehr“ (lokales) Engagement (vgl. Beck 2011). Wir können dabei konstatieren: Je sozial inklusiver ein politischer Beteiligungsprozess ist, umso mehr stärken die erzielten Ergebnisse den Zusammenhalt vor Ort. Unseres Erachtens lohnt sich ein Blick auf die Potenziale lokalen Engagements für sozialen Zusammenhalt, insbesondere mit Blick auf diejenigen Menschen, die üblicherweise nicht unbedingt

dabei sind. Der vhw arbeitet deshalb an der Stärkung der lokalen Demokratie, die allen BewohnerInnen gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.¹

Barrieren des Engagements – Schranken des Zusammenhalts

Wie lässt sich sozialer Zusammenhalt messen? Die jüngst im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erschienene Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ führt dazu das Vertrauen in die Mitmenschen, wie auch die Akzeptanz sozialer Normen und politischer Institutionen an. Die Studie verweist mit aktuellen Daten auf eine enge Kopplung von gesellschaftlichem Zusammenhalt mit sozialer und politischer Inklusion. Es sind Regionen mit einem niedrigen Bildungsgrad, mit einer hohen Quote an Transferleistungsbeziehenden und mit großen Einkommensunterschieden, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt als besonders gering empfunden wird (Arant et.al. 2017: 61ff). Bei allen Wünschen nach struktureller Systemintegration oder nach sozialer Integration zeigt sich: der „soziale Kitt“ bröckelt, und zwar insbesondere auf Seiten derjenigen, die sich nicht zu den Modernisierungsgewinnern rechnen können. Es sind die Orte, an denen mit strukturellen, sozialen und ökonomischen Benachteiligungen gekämpft werden muss, an denen sich eine Erosion sozialen Zusammenhalts und insbesondere ein Vertrauensverlust in etablierte politische Eliten festhalten lässt.

Betrachtet man die Auswirkung von Einkommen und Bildung auf politische Partizipation, wird deutlich, dass beide Indikatoren einen enormen Effekt auf das Beteiligungsverhalten haben. Dies gilt für klassische und formale Beteiligungsmöglichkeiten ebenso, wie für nicht-formale, unkonventionelle Formen der politischen Partizipation. An Wahlen etwa beteiligten sich 84 % der Menschen mit hohem Einkommen, während dies nur 71 % der Personen aus niedrigen Einkommensschichten taten.² Noch drastischer ist der Unterschied bei pro-aktiver politischer Beteiligung, wie der Übernahme politischer Ämter, Teilnahme an Unterschriftensammlungen, Online-Petitionen, Demonstrationen oder Bürgerinitiativen. Hier ist die Neigung sich zu beteiligen mit einem hohen Bildungsabschluss häufig doppelt so hoch, wie bei Personen mit einem niedrigen Abschluss (Bundesregierung 2017: 407ff; Simonson / Vogel 2017: 56ff;).

Zu den wichtigsten Gründen für die geringe Beteiligungsneigung sozial Benachteiligter zählt deren empfundene politische Unwirksamkeit (Bödeker 2012: 27). In kleinteiligeren politischen Foren können es auch implizite Sprach- und Verhaltensnormen der Mittelschicht sein, die Ausschlüsse produzieren. Sie zielen auf die feinen Unterschiede ab, schaffen unsichtbare Hierarchien innerhalb der politischen Zusammenhänge. Marginalisierte Menschen die diesen habituellen Codes nicht entsprechen, werden etwa weniger ernst genommen oder bleiben

¹ vgl. vhw-Forschungsprogramm, abrufbar unter: www.vhw.de/forschung-und-politik

² vgl. Armuts- und Reichtumsbericht, abrufbar unter: <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Wahlbeteiligung/wahlbeteiligung.html;jsessionid=A67B7EEAA06E3801C20803A520F4D43>

gar unberücksichtigt (Munsch 2015). Zudem schreckt häufig ein hoher Abstraktionsgrad politischer Themen Marginalisierte vor dem Ergreifen von Initiative ab (Schäfer 2013; Klatt / Walter 2011).

Gegensteuern als Aufgabe und Chance

Gerade auf lokaler Ebene liegt aus unserer Perspektive Potenzial für die Demokratisierung von Gemeinschaften und die Emanzipation von BewohnerInnen, auch und besonders in sozial prekären Quartieren (Schnur 2016). Daher finden sich im aktuellen Forschungsprogramm des vhw Vorhaben, die danach fragen, welche Rolle öffentliche Räume, Online-Nachbarschaftsplattformen oder soziale Projekte, wie etwa Stadtteilmütter, bei der Entstehung von Zusammenhalt spielen. Die Stärkung demokratischer Kultur auf Stadt-, Ortsteil- und Quartiersebene nimmt für uns einen zentralen Platz ein, weil gerade dort Zusammenhalt durch Zusammenkunft und Verständigung über gemeinsame Ziele entstehen können. Wir beobachten diese „lokalen Demokratien“ aus zwei unterschiedlichen Perspektiven. Aus beiden Blickwinkeln stellen wir die Entstehung von Zusammenhalt ebenso fest, wie Exklusionsmechanismen entlang sozialer Bruchkanten:

Die *erste Perspektive* ist die der intermediären, zivilgesellschaftlichen Initiativen. Protestierende Zusammenhänge gegen steigende Mieten, anpackende Initiativen, die ihren Traum vom Urban Gardening oder dem gemeinschaftlich bewohnten Haus verwirklichen wollen, Vereine, die sich für die Gestaltung von Stadtplätzen einsetzen, oder Gruppen, die mit ihrem handfesten Einsatz für Geflüchtete nicht nur den Austausch mit neu Zugewanderten fördern, sondern durch ihr gemeinsames Engagement auch alteingesessene Menschen im Quartier zusammenbringen, stimulieren den Zusammenhalt über unterschiedliche Kulturen, Lebensweltorientierungen und soziale Hintergründe hinweg. Marginalisierte nehmen hier Teil, wenn sie sich von den jeweiligen Themen angesprochen fühlen, wenn sie direkt helfen können und wenn sie ernst genommen werden. Abstrakte Debatten und postmaterielle Zielstellungen wirken dagegen auf sie eher abschreckend (vgl. Beck et. al. 2017).

Die *zweite Perspektive* lässt sich mit der Gestaltung und Begleitung integrativ-deliberativer Foren beschreiben. In diesen Formaten wird die Stadtgesellschaft repräsentativ in einer Mini-Öffentlichkeit versammelt. Im Rahmen verschiedener vhw-Projekte wurden marginalisierte Menschen aktiv eingebunden. Dies geschah etwa bei Gruppendiskussionen in Senioreneinrichtungen, Jugendclubs, Schulen oder mittels aufsuchender Befragungen mit IntegrationslotsInnen. Durch die Einbindung von SozialarbeiterInnen, SchulleiterInnen und QuartiersmanagerInnen erreichten wir auch Menschen, die sonst Beteiligungsveranstaltungen fernbleiben. Abstrakte Themen wie die Entwicklung eines Flächennutzungsplans, die Erstellung von Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten oder die Gestaltung von kommunalen Bildungslandschaften bereiteten wir dabei lebensweltlich auf und diskutierten diese mit den verschiedenen Gruppen in einem geschützten Rahmen. Dieser Dialogansatz zielt darauf, unterschiedliche Diskussionsstränge in einer abschließenden Veranstaltung zusammenzuführen. So können verschiedene Menschen miteinander ins Gespräch kommen.

Trotz diverser sozialer Hintergründe stellen die Teilnehmenden oft eine Menge an Gemeinsamkeiten fest: Der Erhalt von Grünflächen, effiziente Verkehrssysteme, Sicherheit und Sauberkeit sind für Marginalisierte ebenso wichtig, wie für Angehörige der Mittelschicht. Überdies wissen wir aus den Evaluationen der Veranstaltungen, dass sich die Teilnehmenden über unterschiedliche soziale Hintergründe hinweg wertgeschätzt fühlen und sich zukünftig stärker mit lokalpolitischen Themen befassen möchten. Eben genau deshalb halten wir diese Verfahren für Nachahmungswürdig: Sie stärken Zusammenhalt nicht nur durch das bloße Zusammentreffen unterschiedlicher Menschen. Die Teilnehmenden erleben sich als gemeinschaftlich Handelnde und Gestaltende ihres eigenen Lebensumfeldes.

Wissen für Akteure in der Stadt

Um langfristig den Knoten von sozialer Marginalisierung und Distanz gegenüber politischer Beteiligung zu lösen, bedarf es einer Reihe von bildungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf Bundesebene. Doch auch im lokalen Rahmen kann Zusammenhalt von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren durch politische Inklusion gestärkt werden. Kommunen, die partizipative Beiräte und deliberative Foren gestalten, sollten überlegen, wie durch direkte, aufsuchende Ansprache und verständlich aufbereitete Inhalte marginalisierte Menschen noch stärker in politische Verfahren einbezogen werden können. Ebenso können sich zivilgesellschaftliche Initiativen fragen, welche Macht- und Wissenshierarchien, implizite Sprach- und Verhaltensregeln Ausschlüsse von Menschen verursachen, die über wenig kulturelles Kapital verfügen.

Zusammenhalt entsteht nicht von selbst, sondern muss immer wieder neu austariert und ausgehandelt werden. Diese „soziale Stadtentwicklung“ geschieht in der Regel vor Ort, in den Kommunen, in den Quartieren und Nachbarschaften. Der vhw spürt den Prozessen vor Ort nach, erforscht Akteurskonstellationen und typische Strukturen und Potenziale zur Stärkung des Zusammenhalts der Stadtgesellschaft.³ Wissen über Strategien und Hürden des Engagements Marginalisierter sind sowohl in der Wissenschaft als auch bei gesellschaftlichen Akteuren bereits in Ansätzen vorhanden. Gerade deshalb möchte der vhw auch zukünftig diese Wissensbestände vertiefen und zusammenzuführen und auf dieser Grundlage breitere Debatten anstoßen.

³ vgl. vhw Positionsbestimmung: Gesellschaftliche Vielfalt und Kohäsion, abrufbar unter: <https://www.vhw.de/forschung-und-politik/gesellschaftliche-vielfalt-und-kohaesion/gesellschaftliche-vielfalt-und-kohaesion>

Autoren

Sebastian Beck ist Sozialwissenschaftler und Seniorwissenschaftler beim Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Co-Autor von *Mittler, Macher, Protestierer – Intermediäre in der Stadtentwicklung*. Betreut zurzeit Forschungsprojekte zu StadtmacherInneninitiativen, Baugemeinschaften, Welcome-Netzwerken und inklusiven BürgerInnen-dialogen.

Kontakt: sbeck@vhw.de

Steffen Jähn ist Politikwissenschaftler beim Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Er betreut ein Forschungsprojekt zu Integrationslotsinnen und sozialräumlicher Integration. Arbeitsschwerpunkte: Bildungslandschaften in der Stadtentwicklung, Marginalisierung und politisches Engagement.

Kontakt: sjaehn@vhw.de

Literatur

Arant, Raina / Dragolov, Georgi / Boehnke, Klaus (2017) Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelmann-Stiftung. Gütersloh.

Beck, Sebastian (2011) Warum milieuorientierte Demokratie? in: vhw Schriftenreihe (Bd. 3) Dialog: Zur Stärkung Lokaler Demokratie, Berlin, S. 61-68.

Beck, Sebastian / Kriemann, Martin / Luchmann, Christian (2017) vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“ Teil 1: Zwischenergebnisse Bürgergesellschaft zwischen Government und Urban Governance. Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. vhw-WerkSTADT Nr. 11. Berlin.

Bödecker, Sebastian (2012) Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Frankfurt a.M.

Bundesregierung: Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht (2017) Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin.

Glötz, Peter (1984) Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken. Siedler-Verlag. Berlin.

Klatt, Johanna / Walter, Franz (2011) Entbehrliche der Bürgergesellschaft – Sozial Benachteiligte und Engagement. Transkript. Bielefeld.

Munsch, Chantal (2015) Quartiersentwicklung – Ausgrenzung. In: Knabe, Judith / van Rießen, Anne / Blandow, Rolf (Hg.) Städtische Quartiere gestalten Kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat. Transkript. Bielefeld. S. 41 -54.

Reckwitz, Andreas (2017) Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Suhrkamp. Frankfurt a.M.

Schäfer, Armin (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: Leviathan, 41 (1), 94-120.

Schnur, Olaf (2016) Urbane Vielfalt und Kohäsion – zwischen Moderne und Postmoderne - Eine Verortung der Forschungsperspektive des vhw. Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Vhw WerkSTADT Nr. 3. Berlin.

Simonson, Julia / Vogel, Claudia (2017) Politische Partizipation: Unterschriftenaktionen, Demonstrationen, Bürgerinitiativen und politische Ämter. In: Simonson, J. / C. Vogel & Tesch-Römer, C. (Hrsg): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014: Springer VS. Wiesbaden.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de